Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Mittwoch, den 12. Oktober 1927 — Nummer 239

SPD-Manöver um Hamburg

Der gewaltige Erfolg der Kommunisten in Hamburg, die Linksschwenkung der arbeitenden Massen, der Zerfall der Bürgerblockparteien, hat die Bourgeois gewaltig erschreckt. Die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland glaubte sich fest im Sattel, sie rechnete mit einer Vernichtung der KPD. Dieser selben Hoffnung gab sich die SPD ebenfalls hin. Sie stellte dauernd die Behauptung auf, daß die KPD zerfalle, daß sie nur bestehen könne, wenn große Erwerbslosigkeit vorherrsche. Jetzt muß die SPD einsehen, daß sie mit diesen Mätzchen gegen die KPD nicht weiterkommen wird. Die Massen wenden sich ab von den Hindenburgparteien. Der komm. Einfluß wächst. Die Dr. Nachr. zeigen gestern, daß ihre Hoffnungen auf den Sieg der SPD über die KPD verschwunden sind; sie schreiben: „Hatte man nach Hamburger Berichten mit starken sozialdemokratischen Erfolgen auf Kosten der Kommunisten gerechnet, so war das... ein Trugschluß... **Die rote Flut ist über Hamburg bereits hereingebrochen.**" Die Leipziger Neuesten Nachrichten schrieben, daß diese Wahlen ein Vorzeichen für kommende Entscheidungen seien. Unter dem Eindruck dieser Wahlen zählen die L. N. N. alle roten Zentren auf: Braunschweig, Thüringen, Bremen usw. Sie erklären, dort zeige sich eine Entwicklung, die von den Bourgeois nicht begriffen worden sei, die sie nicht begreifen könne. Wir glauben den L. N. N. das ohne weiteres. Sie haben geglaubt, jetzt sei eine Rechtsentwicklung im vollen Gange. Wie hatte man gegen die Kommunisten gehetzt! „Man muß die Hydra ausbrennen!" war die Parole. Man hat sich reichliche Mühe gegeben. Tausende revolutionärer Proletarier bevölkern die Gefängnisse und Zuchthäuser. Niedner wollte noch eine besondere Mine legen. Aber die kommunistische Bewegung wächst. Hamburg und Königsberg sind Zeichen unseres Vormarsches.

Eine besondere Taktik schlägt nach dem Wahlausgang die SPD ein. In ihren „linken" Zeitungen schreibt sie, daß die KPD sich jetzt entscheiden müsse, ob sie eine Ausnutzung der Mehrheit wolle. Die „Linken" leiten das Manöver zum Uebergang der SPD zur Koalition in Hamburg ein. **Die SPD will keine Ausnutzung der Mehrheit der KPD- und SPD-Stimmen,** das ist klar ersichtlich aus dem Kommentar des Vorwärts, der schreibt:

„Die rote Flut steigt... Im gewaltigen Wachstum der Stimmen von Sozialdemokraten und Kommunisten aber liegt ein stürmischer Protest gegen die Bürgerblockpolitik, eine Kampfansage, die den Parteien des Bürgerblocks zu denken geben muß. Der Anteil beider Parteien an der Zahl der abgegebenen Stimmen stieg von 45,9 über 46,4 auf 55 Prozent. Alle bürgerlichen Parteien haben bei den letzten Wahlen absolut und relativ verloren.... Die Flitterwochen des Bürgerblocks sind vorbei und der Katzenjammer kommt nach. Aber Hamburg ist erst ein Vorspiel. Eine drohende Wolke hängt am Bürgerblockhimmel: Wahljahr 1928!"

Der Vorwärts will nichts anderes, als eine Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses im Bürgerblock. Dann aber, die SPD-Führer, schlagen wieder radikalere Töne an. Sie markieren Freundschaft mit der KPD, sie vollführen neue Täuschungsmanöver gegen die Arbeiter. Vor den Wahlen hieß es, die KPD muß vernichtet werden. Jetzt, wo die rote Flut steigt, färbt man sich wieder rot. Die SPD will vor den Arbeitern ihren wahren Charakter verhüllen. Gestern schreibt die Dresdener Volkszeitung:

„Leider aber wird sich die starke sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit (90 Mandate von 160) nicht voll auswerten lassen. Die Kommunisten denken gar nicht daran, verantwortlich im Interesse der Arbeiterschaft mitzuarbeiten. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist ihnen alles. Das läßt die kommunistische Volkszeitung am Montag in ihrer Stellungnahme zu dem Wahlergebnis deutlich erkennen. Sie weiß nichts Besseres, als gleich 10 Forderungen aufzustellen, die in den Betrieben erörtert werden sollen. Eine Wandlung der Hamburger kommunistischen Partei ist jedenfalls sehr unwahrscheinlich. Es dürfte deshalb — wie das Hamburger Echo feststellt — voraussichtlich zwar bei der bisherigen Regierungskoalition bleiben."

Weiter erklärt die Volkszeitung, daß die KPD in einem Leitartikel nicht zu der „Einheitsfront mit der SPD zur Hamburger Regierung" Stellung genommen. Der Zweck dieser Uebung ist klar. Die SPD will mit den Bürgerlichen gehen, möchte aber die Schuld der KPD zuschieben. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Die KPD hat in der Montagausgabe der Volkszeitung von Hamburg keine 10 Forderungen aufgestellt. Die KPD hat sich unzweideutig ausgesprochen, daß an ihr die Bildung eines sozialdemokratischen Senats nicht scheitern wird. Die KPD erklärt in der Montagausgabe ihrer Hamburger Zeitung, daß sie arbeiten wird für:

1. Schaffung der einheitlichen Front aller Proletarier für alle wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen; für die Ausnutzung der Mehrheit von KPD und SPD mit Hilfe der Gewerkschaften in den Betrieben, auf der Straße und im Parlament. Hamburg muß rot sein.
2. Kampf gegen den Bürgerblock und die Koalitionsregierungen in den Einzelländern, gegen Reaktion, Klassenjustiz und Faschismus.
3. Aufklärung der Massen über die Bedeutung des zehnjährigen Bestehens der den Sozialismus aufbauenden Sowjetunion. Krieg dem Kriege.
4. Vorbereitung (schon jetzt!) der Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen, sowie der Reichstagswahlen von 1928.
5. Werbung für die KPD und die Hamburger Volkszeitung."

Im übrigen hat die KPD schon am 14. September geschrieben:

„Die nächsten Forderungen, für deren Durchsetzung die Kommunistische Partei die breiten Massen mobilisiert, sind: **Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes Unterelbe, Erhöhung der Löhne für Arbeiter, Angestellte und Beamte, Achtstundentag und 45-Stunden-Woche, gegen Teuerung, Zoll-, Steuer- und Mietwucher, Durchführung eines proletarischen Bauprogramms für Wohnungen, Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen, der Inflationsopfer und Sozialrentner, Schutz des Vereins- und Versammlungsrechts, Reinigung der Polizei von allen arbeiterfeindlichen, reaktionären, faschistischen Elementen, Weltlichkeit und Einheitlichkeit des Schulwesens, Kampf gegen Klassenjustiz und monarchistische Reaktion!** Die Kommunistische Partei wird den Kampf für diese Forderungen unter Aufbietung all ihrer Kräfte führen."

Diese Forderungen hat die KPD als Kampfforderungen für die Arbeiterschaft aufgestellt. Nicht aber als Hochzeitsforderungen für ein Zusammengehen mit der SPD. Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter, ob diese Forderungen im Interesse des Proletariats gelegen sind. Wir sagen: es sind Aufgaben, die gegen Reaktion und Bürgerblock durchgeführt werden müssen.

Wenn die SPD jetzt gegen diese, von der KPD in Angriff genommenen Aufgaben ankämpft, dann zeigt sie nur, daß sie keinen Kampf gegen den Bürgerblock, keine Ausnutzung der Mehrheit der KPD- und SPD-Stimmen will.

Der Bock als Gärtner

22 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete noch Mitglieder der Kirche!

Berlin, 12. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die Rote Fahne nimmt zu dem Scheinkampf der SPD gegen den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf Stellung und bringt aus dem Handbuch des Reichstages eine Statistik über die kirchliche Zugehörigkeit der SPD-Abgeordneten zur Veröffentlichung.

22 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete waren noch Mitglied der Kirche. Der Abgeordnete Schreck, Bielefeld, gehört noch der katholischen Kirche an, und er ist als Redner gegen den Reichsschulgesetzentwurf von der Fraktion bestimmt.

Von der preußischen Landtagsfraktion waren noch 27 in der Kirche, darunter Minister Grzesinski. 33 Abgeordnete des Land- und Reichstages haben ihre Religionsgemeinschaft nicht angegeben. Es besteht die Möglichkeit, daß auch noch unter ihnen Mitglieder der Kirche sind. Ein katholischer Sozialdemokrat als Redner gegen den Reichsschulgesetzentwurf — eine nette Illustration dafür, wie „ernst" der „Kampf der SPD gegen die Kirchenreaktion" zu nehmen ist.

Die Tagung der Burgfriedenspolitiker

Berlin, 12. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern nachmittag begann im Festsaal des Reichsarbeitsministeriums die Tagung des Verwaltungsrates des Arbeitsamtes des Völkerbundes. Zum Empfang waren erschienen die deutschen Arbeitgeberverbände, die Begrüßung hatte Ernst von Borsig. Hermann Müller erschien als Gast. Er sprach auch hier wieder von dem internationalen Burgfrieden zwischen Arbeiter und Kapitalisten.

Opposition gegen Poincaré

Paris, 12. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bewegung gegen die Poincaré-Regierung wegen ihrer Hetze und des provozierenden Bruches mit Sowjetrußland wird immer stärker. Es erfolgte die Gründung eines Vereins der französischen Kleinrentner, die als Besitzer russischer Anleihen an der Stellung der Regierung interessiert sind. Sie protestieren energisch gegen das Verhalten der Regierung.

Der Vorwärts unterstützt gestern in einem Artikel die Hetze der Rechtspresse, die davon spricht, daß man die Politik der französischen Regierung benutzt, um die Massen aufzuputschen.

Der Vormarsch der Kommunisten

Die Wahlen in Hamburg und Königsberg haben die Ergebnisse der Wahlen in Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek bestätigt und bekräftigt. Es zeigt sich eine breite Linksentwicklung in der Arbeiterschaft und in den Teilen des Kleinbürgertums, die der SPD und vor allem der Kommunistischen Partei zugute kommt. Die Aufwärtsentwicklung der Kommunistischen Partei wird besonders klar, wenn man neben den Ergebnissen von 1924 spätere Wahlergebnisse (Präsidentschaftswahl, Provinzialwahlen usw.) mit den jetzigen Wahlergebnissen vergleicht. In Hamburg war die Zahl der kommunistischen Stimmen beim ersten Präsidentschaftswahlgang auf 64 000 gesunken. Verglichen mit diesen Wahlen beträgt der kommunistische Zuwachs 73 Prozent. Aehnlich liegt es in Königsberg. Dort erhielt die KPD bei den Präsidentschaftswahlen im März 1925 und bei den Provinzialwahlen im November 1925 15 000 Stimmen, während die SPD, wie schon bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924, über 27 000 Stimmen bekam. Auch hier beträgt die Zunahme der kommunistischen Stimmen über 70 Prozent, während die SPD sogar an Stimmen verlor. In Hamburg sowohl wie in Königsberg ist **die Höchstzahl der Stimmen, die die KPD in diesen Städten nach dem revolutionären Aufschwung des Jahres 1923 erreichte, übertroffen worden.** Diese Wahlen haben auch deshalb besondere Bedeutung, weil sie die erste Probe nach dem Tannenberg-Rummel und den mit Hilfe des gesamten Staatsapparates inszenierten Hindenburg-Rummels sind. In Königsberg haben die Deutschnationalen weit über die Hälfte ihrer Stimmen, 16 000 von 28 700, verloren, ganz abgesehen von dem katastrophalen Rückgang der Deutschvölkischen.

Was zeigen diese Wahlen? Sie bestätigen erstens unsere Ansicht von der Linksentwicklung in der Arbeiterschaft gerade in der Zeit der relativen Stabilisierung. Sie zeigen zweitens die wachsende Unzufriedenheit und Gärung in den breiten kleinbäuerlichen Schichten mit der Diktatur des Finanzkapitals, deren Exponent die Bürgerblockregierung ist. Man darf nicht vergessen, daß die Abkehr kleinbürgerlicher Schichten von den alten bürgerlichen Parteien zu neuen bürgerlichen Splitterparteien, wie Mittelstands- und Aufwertungspartei, ein Ausdruck für diese Unzufriedenheit und Gärung ist. Denn in großen Teilen des Reiches ist den unzufriedenen Kleinbürgerschichten die wirkliche Rolle dieser Parteien noch nicht zum Bewußtsein gekommen.

Von der Abkehr dieser Kleinbürgerschichten von den bürgerlichen Parteien profitiert in erster Linie die SPD. Sie absorbiert die Reste der Mieterparteien, zu ihr stoßen Angestellte, Beamte, kleine Handwerker usw. Ein großer Teil dieser proletarischen und halbproletarischen Elemente bleibt in ihrer Linksentwicklung zunächst bei der SPD hängen. Aufs tiefste unzufrieden, fürchten sie noch die revolutionäre Entscheidung.

Anders ist es in der Arbeiterschaft. Unsere stetig wachsenden Erfolge in den Gewerkschaften, die auch durch die infamsten Methoden der Bureaukratie nicht unterdrückt werden können, unsere immer stärkere Einflußnahme auf die wirtschaftlichen Kämpfe, die große Mobilisation der Arbeitermassen am 4. August gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die Klassenjustiz bei der Ermordung Saccos und Vanzettis, diese Erfolge unserer allgemeinen Arbeit und politischen Tätigkeit wurden durch die Wahlen in Hamburg und Königsberg bekräftigt.

Diese Erfolge unserer Partei sind eine Bestätigung der Richtigkeit der Politik unserer Partei in der Praxis. Ruth Fischer und Maslow haben in den Jahren 1924 und 1925 den Rückgang des Einflusses unserer Partei zu entschuldigen versucht mit der Festigung der kapitalistischen Wirtschaft. Nun, wir leben jetzt in einer Konjunktur, die in ihren Ausmaßen und in ihrer Dauer die erste Rationalisierungskonjunktur von 1924/25 bei weitem übertrifft. Die Erwerbslosigkeit ist noch immer im Rückgang begriffen. Die sozialdemokratische und auch ultralinke These, daß die KPD nur wachsen könne in einer Zeit der Krise und des sichtbaren kapitalistischen Zerfalls, wird durch die Erfolge bei diesen Wahlen gründlich widerlegt. Freilich: diese Erfolge wären nicht möglich gewesen ohne die Verstärkung unserer Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften, ohne die Verbindung unserer Arbeit für die Revolution mit unserer Arbeit für die jetzt akuten Interessen der werktätigen Massen. Die Bourgeoisie, der das Wahlergebnis von Hamburg und Königsberg arg in die Knochen gefahren ist, beginnt die Verstärkung unserer Schlagkraft einzusehen. So schreibt das Berliner Tageblatt:

„Hier ist vor allem der große Erfolg der Kommunisten anzuführen, die ihren Bestand von rund 75 000 auf 110 000 Stimmen emporschnellten. Diese Zunahme der kommunistischen Ziffern, die sich bereits bei den am 25. Juli in den preußischen Unterelbegemeinden veranstalteten Stadtverordnetenwahlen ankündigte, resultiert zu einem nicht unwesentlichen Teil aus der äußerst geschickten Kleinarbeit, mit der die Kommunisten, namentlich seit der inneren Reorganisation ihrer Partei, im letzten Jahre in der Hamburger Bürgerschaft durch eine systematische Häufung sachlich formulierter Anträge auf die breiten Volksmassen zu wirken wußten."

Noch bis in die letzte Zeit schrieb die bürgerliche Presse vom Zerfall der KPD. Noch in den allerletzten Tagen glaubte der Vorwärts auf Grund des Uebertritts einiger korrumpierter Elemente in Altrh, die aus der Partei ausgeschlossen werden sollten, in die SPD seinen Lesern die Zerbröckelung unserer Partei einreden zu können. Die Sprache der Tatsachen ist eine andere. Das Renegatengeschrei der Maslow und Konsorten mag wohl den Sozialimperialisten eine willkommene Unterstützung gewesen sein in ihrem Kampfe gegen die einzige revolutionäre Arbeiterpartei; aber sie haben die Partei nicht schwächen können, die Partei zerbröckelte nicht, ihre Geschlossenheit und Festigkeit widerstand ihren Angriffen, und sie ist gewachsen, nach innen wie nach außen.

Es wäre falsch, in der Freude über die Wahlergebnisse von Hamburg und Königsberg nicht die Schattenseiten zu